

Die Stimme

Organ des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Er erscheint wöchentlich einmal, je Freitag.
Der Preis beträgt 1 Mark alle Postgebühren.
Abbestellungspreis 12 Mark pro Vierteljahr.



Alle Zuschriften für die „Stimme“ an H. Wenzel, Illm. a. D., Postfach 47, Leipzig 1042.
Die für den Versand bei Geschäftswechsel bestimmten Briefchen sind zu adressieren:
Verwaltung des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands, Illm. a. D., Postfach 47, Leipzig 1042.
Anzeigen-Verhandlungen an H. Schumacher, Berlin N. O. 16, Postfach 122.
Abbestellungspreis 12 Mark pro Vierteljahr Berlin N. W. 7, Leipzig Berlin Wilmannsplatz 47/50.



Kapitula, die (schlecht) erhaltenen Brief-
stiche 1 Mark, für den Geschäftswechsel 10 Mark.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Grundsätzliches zur Frage des Außenhandels.

Bei einem einer besseren Sache würdigen Blick wird von den Gegnern der Aus- und Einfuhrkontrolle jedwede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, um gegen die im volkswirtschaftlichen Interesse unumgänglich notwendige Regelung der Überwachung unserer Ein- und Ausfuhr Stellung zu nehmen. Zunächst müssen die unsachlichsten Gründe herhalten, um ein System, zu dem wir lediglich durch die Not unserer Volkswirtschaft gezwungen sind, zu diskreditieren und in der breitesten Öffentlichkeit Stimmung für einen Abbruch zu machen. Im „Überwachungsdienst“, dem Organ des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr, weist der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Geh. Reg.-Rat Dr. Trendelenburg, die grundsätzliche Notwendigkeit der Außenhandelskontrolle nach. Ausgehend von den Ergebnissen der Brüsseler Finanzkonferenz deren Verhandlungen interessante Streitlichter auf die wirtschaftliche Lage der Welt geworfen haben, schildert der Verfasser die Rückwirkungen der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Handelspolitik der Staaten.

Europa, das zu einem großen Teil Verbraucher fremder Rohstoffe gewesen ist, hat sich durch 4 Jahre in erster Linie für den Krieg, also für unproduktive Zwecke, betätigt und keine Friedensindustrie vernachlässigt. Es ist deshalb stark verschuldet, gegenüber den Vereinigten Staaten allein in Höhe von 13,5 Milliarden Dollar. In der Passivität der Handelsbilanzen kommt die Erschöpfung der europäischen Vorräte und die größere Abhängigkeit Europas, namentlich in Bezug auf Lebensmittel zum Ausdruck.

Die Kaufkraft der Welt ist stark verändert, starke Ausfälle bedingt der Rückgang in der Erstellung neuer produktiver Anlagen. Die Kaufkraft wird in erschreckendem Maße zur Befriedigung des Vergnügungsbedürfnisses getätigt, also zu Zwecken, die den einzelnen wirtschaftlich fördern und der produktiven Arbeit Kräfte entziehen.

Die Brüsseler Finanzkonferenz hat den europäischen Ländern empfohlen, mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen. Alle Länder sind bemüht, sich nach diesem Grundsatz anzurichten, denn alle befinden sich in größeren oder geringeren Valutasorgen. Die staatlichen Maßnahmen bewegen sich besonders auf dem Gebiete des Außenhandels. Man bemüht sich fast überall durch Beschränkungen des Einfuhrhandels der Passivität der Außenhandelsbilanz entgegenzuwirken.

Als Mittel dieser staatlichen Beschränkungen dienen je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen eine Regelung des Devisenverkehrs, eine Erhöhung der Zollschranken und der Erlass von Einfuhrverboten. Auch auf dem Gebiet der Ausfuhr finden wir fast überall in Europa staatliche Beschränkungen, die zum Ziel haben, lebensnotwendige Waren im Lande zu behalten und für die Ausfuhrwaren möglichst hohe Gegenwerte zu erzielen.

Man war sich in Brüssel klar darüber,

welche Schwierigkeiten dem Welthandel aus diesen Beschränkungen erwachsen. Man erkannte aber allgemein an, daß man vorerst zu einem freien Handel nicht werde zurückkehren können. Die Lage Deutschlands ist im höchsten Maße gefährdend. Sie kennzeichnet sich dadurch, daß die natürliche Grundlage für die wirtschaftliche Betätigung unserer zahlreichen Bevölkerung durch das Ergebnis des Krieges außerordentlich eingeengt worden ist. Man denke an den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte, des größten Teils des Auslandsvermögens, an die Verluste an Eisen, Erzen, an Kautschuk, sowie an die ihrer Höhe nach noch ganz unüberschaubaren Wiedergutmachungsverpflichtungen. Die Reichsmark ist sehr entwertet und unsere Valuta starken Veränderungen unterworfen. Wir haben keine Reserven an Gold, an ausländischen Werten oder Warenvorräten, sondern leben gewissermaßen von der Hand in den Mund. Die Außenhandelsbilanz, deren Aktivposten zugleich fast die einzigen Aktivposten der Zahlungsbilanz sind, zeigt ein erschreckendes Bild. Bei dieser Sachlage ist es natürlich, daß die deutschen Beschränkungen des Außenhandels über das bei anderen europäischen Ländern übliche Maß hinausgehen.

Sehr viel schwieriger liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Ausfuhrkontrolle.

Sie bezweckt als sogenannte Mengenkontrolle den Abfluß solcher Waren in das Ausland zu verhindern, die wir, wie z. B. Lebensmittel, Kohlen, Rohstoffe und gewisse Erzeugnisse der Halbindustrie, zur Deckung des Eigenbedarfs unserer Wirtschaft benötigen. Dabei sind die Wiedergutmachungsverpflichtungen unserem Eigenbedarf hinzuzurechnen. Das Maß dessen, was unter dem Gesichtspunkt der Mengenkontrolle geschehen muß, bestimmt sich nach der Art der Erzeugnisse und der jeweiligen wirtschaftlichen Lage. Wie die Dinge zur Zeit liegen, bildet die Mengenkontrolle nur für einen Teil der bestehenden Ausfuhrverbote die rechtfertigende Grundlage. Im übrigen ist der Zweck dieser Verbote im wesentlichen die Preiskontrolle, die den hauptsächlichsten Gegenstand des Streits um die Außenhandelskontrolle darstellt. Der äußere Anlaß für die gegenwärtige Ausgestaltung der Preiskontrolle lag in der Ausverkaufskonjunktur des vorigen Winters, doch darf man hieraus nicht folgern, daß sie überflüssig sei, nachdem eine Ausverkaufskonjunktur nicht mehr bestehe.

Die Preispolitik ist aber nicht nur für unsere Wirtschaft sondern auch die außenwirtschaftliche Stellung Deutschlands von größter Wichtigkeit.

Würden wir unsere Ausfuhrpreise nicht dem jeweiligen Valutastand anpassen, so würden wir die Rückwirkungen, die von den Schwankungen unserer Valuta ausgehen, auf alle Märkte der Welt tragen, so daß die deutsche Ausfuhr eine ständige Beunruhigung der Auslandsmärkte zur Folge haben müßte. In allen Ländern, und das würden fast alle Staaten Europas sein, würden starke Gegenwirkungen gegen das Hebermaß deutscher Konkurrenz unausbleiblich sein. Bei der stark protektionistischen Tendenz der verschiedenen Wirtschaftsgebiete können wir mit solchen Gegenwirkungen mit Sicherheit rechnen, wenn

wir die erforderliche Vorsicht bei der Ausfuhrpolitik außer acht lassen.

Man wendet ein, man solle nur der freien Entwicklung Raum geben, die Macht der Tatsachen und das wohlverstandene Interesse von Industrie und Handel würden von selbst die Dinge richtig leiten können. Gewiß, auch bei der freien Ausfuhr werden Industrie und Handel mit der Zeit lernen, die Folgerung aus der Goldwertigkeit der Waren zu ziehen, und sich bei Bewertung der Ausfuhrwaren von der Marktwährung zu emanzipieren. Diese selbständige Ausschaltung der Reichsmark als Berechnungsgrundlage bei der Ausfuhr würde aber dazu führen, daß schließlich alle weltmarktfähigen Waren, einerlei, ob sie für die Ausfuhr oder für den Inlandsabfah bestimmt sind, auf der gleichen Grundlage berechnet würden. Jeder Versuch, einen Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreisen aufrecht zu erhalten, würde im Wege des schieberischen Geschäfts durchkreuzt werden. Das Verlangen „heran an die Weltmarktpreise“ ist unerfüllbar, solange unsere Valuta nicht stabil ist, da es einen beständigen in Reichsmark ausdrückbaren Weltmarktpreis nicht gibt.

Rein privatwirtschaftliche Bedingungen würden zweifellos nicht kräftig genug sein, um der Verchiebung von Inlandswaren nach dem Ausland zu begegnen. Es würde dann doch wieder an die Regierung das Verlangen gestellt werden, die Grenzen zu bewachen und keine Waren durchzulassen, die von wirtschaftlichen Störenfrieden auf den Weltmarkt geschickt würden und wir stünden dann wieder ebensoweit wie wir jetzt stehen.

Sehr viel wird über die Verzögerung geklagt, welche durch die Zwischenschaltung der Außenhandelsstellen für die Abwicklung der Ausfuhrgeschäfte verursacht werden. In den Frühjahr- und Sommermonaten lag der Grund für unliebbare Verzögerung im wesentlichen in einer abnormen geschäftlichen Überlastung der Außenhandelsstellen, welche durch das Zusammentreffen von Kapp-Butsch, Schließung des Lochs im Westen und Erhebung der sozialen Ausfuhrabgabe verursacht war. Bei Überwindung dieser Schwierigkeiten haben die Außenhandelsstellen eine verwaltungstechnisch hervorragende Leistung vollbracht. Inzwischen ist es gelungen, im Allgemeinen zu einer glatten Abwicklung der Geschäfte zurückzukehren.

Ein Lohnkampf.

Im Holzgewerbe zu Stolp tobt seit dem 18. Januar ein harter Kampf. Seit Mai vorigen Jahres geht das Verhandeln um Lohnerhöhung. Der Schlichtungsausschuß hatte damals auf 25 Prozent Lohnerhöhung entschieden. Die Arbeitgeber zahlten aber kaum 10 Prozent. Nur die Firma Decker u. Blau erfüllte voll und ganz den Schiedsspruch. Die übrigen Firmen bequemen sich erst im Oktober die volle 25 Prozent Erhöhung zu zahlen. Vom Mai bis Oktober wurde den Arbeitgebern die zugesprochene Lohnerhöhung teilweise geschenkt. Stolp gehört in die dritte Lohnklasse. Der Durchschnittslohn beträgt aber nur M 4.63. Im November v. J. wurde dann wieder ein

Antrag um Lohnerhöhung von 20 Prozent gestellt. Die Forderung wurde später dahin ermäßigt, daß 15 Prozent vom 13. 12. und 5 Prozent vom 5. 2. 21 gezahlt werden sollten. Die Arbeiter ließen sich auf Verhandlungen gar nicht ein. Man rief den Schlichtungsausschuß an, dieser tagte am 18. Jan. d. J. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, eine Erhöhung des Mindestlohnes für Facharbeiter von 4.19 auf 4.25 M., des Durchschnittslohnes von 4.63 auf 4.75 M., des Mindestlohnes der Hilfsarbeiter von 3.56 auf 3.75 M. vorzunehmen. Beide Parteien lehnten den Vorschlag ab. Darauf zog sich der Schlichtungsausschuß zur Beratung zurück. Den Arbeitgeberbeisitzer war der Vorschlag zu hoch, den Arbeitnehmerbeisitzern zu niedrig. Daraufhin neigte der Vorsitzende auf die Seite der Arbeitgeber und die ganze Lohnerhöhung wurde abgelehnt.

Eine Versammlung der Holzarbeiter beschloß daraufhin, zur Erzwingung einer Lohnerhöhung in den Streit zu treten. Auch die Tapezierer schlossen sich dem Streit an. Einmütig wurde der Kampf aufgenommen. Die Firma Decker und Blau, welche dem Ostpommerschen Arbeitgeberverband nicht angehört, behauptet nun über die Vorgänge nicht genügend informiert zu sein. Sonst wäre es hier nicht zum Streit gekommen. Die Firma machte ihren Arbeitern ein Angebot von 10 Prozent Lohnerhöhung. Dieses wurde von der Gesamtheit der Streitenden abgelehnt. Die Firma wandte sich an den Schlichtungsausschuß. Bei der Verhandlung erklärte der Vorsitzende, ein anderer Schiedspruch könnte nicht gefällt werden, wie der am 16. 1., nämlich Ablehnung einer Lohnerhöhung.

Herr Blau erklärte, er wolle den wirtschaftlichen Frieden und wolle deshalb 10 Prozent Lohnerhöhung zahlen. Die Arbeitervertreter forderten die ganze Erhöhung von 15 Proz. Darauf ging Herr Blau nicht ein. Bei einer weiteren Verhandlung änderte die Firma ihr Angebot dahin ab, daß die Mindestlöhne um etwa 13 Prozent erhöht würden. Daraufhin wurde in diesem Betriebe die Arbeit aufgenommen. Einige kleine Betriebe bewilligten später auch die Forderungen. Darunter auch die Firma Schlawin. Diese gehört dem Arbeitgeberverbande an und ist nun wegen Kontraktbruch verklagt worden. Schöne Errungenschaft der Revolution. Das soziale Empfinden des Arbeitgebers soll bestraft werden.

In den übrigen Betrieben geht der Kampf mit seltener Schärfe weiter. Leider haben sich auch einige Streikbrecher gefunden, welche sich eines ganz besonderen Schutzes erfreuen. Am 3. Februar fand wieder eine Verhandlung vor dem Bürgermeister statt. Hier machte der Herr den Vorschlag, die Mindestlöhne um etwa 30 S pro Stunde zu erhöhen. Auch dieser Einigungsvorschlag wurde von den Parteien abgelehnt.

Daraufhin hat sich der Holzarbeiterverband an den Demobilmachungsausschuß gewandt. Unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Liebrecht fand am 18. 2. eine Verhandlung statt. Die Arbeitgeber machten den Vorschlag, die Arbeit kann zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden. Eingestellt können nicht alle Arbeiter werden, weil keine Aufträge vorhanden sind. Nach längerer Aussprache machte der Regierungsvertreter einen Vorschlag, der uns alle in Erstaunen setzte. Der lautete: Der Mindestlohn der Hilfsarbeiter soll 4 M pro Stunde betragen. (Wie bei Blau). Der Mindestlohn für Facharbeiter 4.25 M (Erhöhung 6 S). Der Durchschnittslohn 4.65 M (Erhöhung 2 S pro Std.) Wenn der Vorschlag angenommen wird, dann soll die Arbeit am 22. aufgenommen werden, die Arbeitgeber müssen alle Leute wieder einstellen. Schon bei der Verhandlung war es uns aufgefallen, daß die Tapezierer von den Arbeitgebern so in Saug genommen wurden. Zum Schluß kam per Arbeitgeber damit heraus, daß die Tapezierer Saug bei den Arbeitgebern gesucht hätten. Was der Unternehmer dazu sagen sollte, war schwer zu erraten. Freigewerkschaftliche Arbeiter haben bei den Arbeitgebern Schutz gegen die eigenen Gefinnungsgenossen.

Am Sonnabend, den 19. 2. hatten nun die

Streikenden über den Einigungsvorschlag des Reichsvertreters zu entscheiden. Es war einem jeden klar darüber, daß nur zwischen Hilfs- und Facharbeiter Uneinigkeit gesät werden sollte. Den ersteren wollte man 44 S pro Stunde Lohnerhöhung geben, den letzteren fast nichts. Der Wagen der Hilfsarbeiter verlangt dasselbe, wie der eines Facharbeiters, aber eine gewisse Spannung müßte doch bleiben. Der Vertreter des Verbandes erstattete dahingehend Bericht. Von besonderem Interesse war die Mitteilung, daß er sich auf Anraten einiger Arbeitgeber an den Demobilmachungskommissar gewandt hatte. Mit Entrüstung wurde die Antwort der Arbeitgeber auf den Einigungsvorschlag zur Kenntnis genommen. Da die Antwort von besonderem Interesse ist, sei dieselbe hiermit der Öffentlichkeit übergeben.

„Wir kommen heute zurück auf die Einigungsverhandlungen, die gestern den 18. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrat Liebrecht im Rathhaus stattgefunden haben und teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir eine Stellungnahme zu dem Einigungsvorschlag vorläufig ablehnen. Die Gründe hierzu sind folgende: Die Posten der Streikleitung hindern die Arbeitswilligen Tapezierer ihre Arbeit zu verrichten auf Grund eines Beschlusses. Die Tapezierer lehnen eine Terrorisierung seitens der streikenden Holzarbeiter ab, können sich aber der Uebermacht nicht wehren und müssen auf Befehl der Streikleitung hungern. Wir sind bereit, für das Recht der Arbeitswilligen Tapezierer mit allen unsern Mitteln und Kräften einzutreten und werden alle Verhandlungen oder Abmachungen mit dem Holzarbeiterverband ablehnen, solange, bis wir eine schriftliche Erklärung des Holzarbeiterverbandes in der Hand haben, das die Tapezierer ungestört ihrem ehrlichen Verdienst nachgehen können und daß der Holzarbeiterverband seinen Mitgliedern unter Drohung des Ausschusses verbietet, Mitglieder des Tapeziererverbandes in ihrer Arbeitswilligkeit zu behindern.“ Unterschr.

Mit scharfen Worten geißelte unser Bezirksleiter, Kollege H i n z, das Verhalten der Tapezierer. Von einer gelben Organisation wäre man derartiges gewohnt, aber von einer freigewerkschaftlichen Organisation ist dieses Vorgehen etwas sehr stark. Wären dieses nur Mitglieder vom Gewerkeverein gewesen, dann hätte man alle möglichen Ausdrücke gehört, aber nun vernimmt man nur ein leises Raunen. Die schlechte Lage des Streiks ist durch diesen Streikbruch nur noch verschlimmert. Durch das Angebot, für die Hilfsarbeiter 4 M zahlen zu sollen, würde es garnicht Wunder nehmen, wenn auch die Hilfsarbeiter die Arbeit aufnehmen, wo doch die Tapezierer ohne Lohnerhöhung die Arbeit aufgenommen haben. Somit blieben die Facharbeiter allein auf der Strecke liegen.

Mit Entrüstung wiesen die Hilfsarbeiter die Aufnahme der Arbeit zurück, zumal ja auch die Arbeitgeber es abgelehnt hatten, den Vorschlag anzunehmen. Die Hilfsarbeiter sind geschlossen mit den Facharbeitern in den Lohnkampf getreten und wollen auch wieder geschlossen die Arbeit aufnehmen.

Als in den Streik getreten wurde, ist gleich darauf hingewiesen worden, daß der Kampf ein harter sein wird; denn die Arbeitgeber im ostpommerschen Arbeitgeberverband spielen hier so recht den Herrn im Hause. Durch dieses traurige Vorkommnis der Tapezierer sind sie nur in ihrem Größenwahn noch bekräftigt worden. Es wurde beschlossen, energischer als bisher den Kampf weiter zu führen.

Koalitionsfreiheit und Betriebsrat!

Unter dieser Ueberschrift brachten wir bereits in Nr. 39 unserer „Eiche“ vom 24. Sept. 1920 einen Artikel, wonach zwei Mitglieder unseres Gewerkevereins, welche bei der Firma E. Regenburger und Sohn in Hamburg beschäftigt waren, durch den Betriebsrat des Betriebes außer Brot und Stellung gebracht wurden. Der Entlassungsschein lautete:

„Der Tischler H. Jägersberg hat vom . . . bis zum . . . bei uns in Arbeit gestanden. Derselbe wird auf Wunsch des Betriebsrates

entlassen, weil derselbe nicht dem Deutschen Holzarbeiterverband angehört.“

Auf Grund dieser gesetzwidrigen Entlassung hatte unser Kollege Einspruch beim dortigen Schlichtungsausschuß erhoben und kam derselbe zu folgendem Schiedspruch:

„Der Einspruch des Antragstellers gegen die Kündigung bzw. Entlassung ist nicht begründet, da der Arbeitgeber die Entlassung nicht aus einem in dem § 94 Ziffer 1 des Betriebsrätegesetzes erwähnten Grunde, sondern deswegen vorgenommen hat, die Aufrechterhaltung seines Betriebes durchzuführen. Die Mitglieder des Betriebsrates haben die ihnen nach dem § 66 Ziffer 6 des B. R. G. obliegende Verpflichtung, für Wahrung der Vereinsfreiheit der Arbeiter einzutreten, schuldhaft verlegt.“

Durch diesen Spruch war festgestellt worden, daß der Betriebsrat seine Befugnisse gröblich verletzt hat und wurde demgemäß vor dem Landgericht in Hamburg Klage gegen den Betriebsrat auf Schadenersatz erhoben. Das Landgericht zu Hamburg hat nun am 7. Januar ein Zwischenurteil gefällt, in dem es heißt:

„Der Klagespruch wird dem Grunde nach als berechtigt erklärt.“

Von Seiten des Betriebsrates waren eine Anzahl Zeugen aufgeboren, die jedoch insofern versagten, als sie den wahren Sachverhalt nicht bestritten konnten. Einwandfrei wurde festgestellt, daß eine Betriebsversammlung beschlossene hat, mit den beiden Mitgliedern des Gewerkevereins der Holzarbeiter nicht mehr zusammen zu arbeiten, weil dieselben nicht zum Holzarbeiter-Verband übertreten wollten. Ferner wurde der Betriebsrat beauftragt, die Firma zu veranlassen, diese beiden Kollegen zu entlassen, widrigenfalls sie in einen Streik treten würden. Aus der Begründung des Urteils geht folgendes hervor:

Die Tatsachenfeststellung ergibt, daß die Beklagten die ihnen als Betriebsratsmitgliedern obliegenden Pflichten in gröblicher Weise verletzt haben. Neben ihren sonstigen Pflichten hatten sie nach § 66, Ziff. 7, des B. R. G. die Aufgabe, das Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft zu fördern und für Wahrung der Vereinsfreiheit der Arbeiter einzutreten. Beides haben sie nicht getan. Das Gespräch, das die Beklagten Brud und Lunkwitz schon einige Tage vor der Versammlung mit Nielsen (Gewerkevereinsmitglied) gehabt haben, zeigt, daß sie schon tagelang vorher von der Stimmung der Arbeiterschaft unterrichtet waren; ihr Hinweis an Nielsen, er werde die Konsequenzen tragen müssen, deutet darauf hin, daß sie den Standpunkt der Arbeiterschaft sogar billigten, jedenfalls sich deren Vorgehen nicht hindernd in den Weg stellen wollten. Auch in der Versammlung haben sich die Betriebsratsmitglieder ganz passiv verhalten, während es ihre Pflicht gewesen wäre, die Arbeiterschaft auf das ungesetzmäßige ihres Vorgehens hinzuweisen und sie vor übereilem Vorgehen zu warnen. Sie hatten nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht nur die Verpflichtung, für die Vereinsfreiheit der Arbeiterschaft gegenüber dem Arbeitgeber einzutreten, ihre Verpflichtung bestand vielmehr auch darin, dafür zu sorgen, daß jeder einzelne Arbeiter des Betriebes sich dem ihm passenden Verbands anschließen könne und daß er nicht von anders Denken den daran gehindert werde. Hätten sie dieser Verpflichtung entsprechend in der Versammlung auf die Arbeitermassen eingewirkt, dann wäre vielleicht der ungesetzmäßige Beschluß der Versammlung unterblieben. Die Verletzung der Beklagten geht aber noch weiter. Wenn sie ihre ihnen durch das Gesetz eingeräumte Stellung richtig aufgefaßt, dann dürften sie sich nicht dazu hergeben, diesen gesetzwidrigen Versammlungsbeschluß an die Firma weiter zu geben. Wenn sie der Meinung waren, daß die Arbeiterschaft unbeherrschbar sei, dann hätten sie die Pflicht gehabt, ihr Ansehen niederzulegen u. dadurch den Arbeitern klarzumachen, daß sie ihr gesetzwidriges Vorgehen nicht mitmachen wollten. Statt dessen haben sie den Beschluß uneingeschränkt unter Streikdrohungen an die Firma weiter gegeben. Sie haben durch ihr Verhalten das durch die

Werkverfassung und das Betriebsrätegesetz gewährleistete Recht des Klägers, sich einer ihm passenden Organisation anzuschließen, beinträchtigt und mit dazu beigetragen, daß der Kläger seine gut bezahlte Stellung verloren hat, weil er sich der Organisation der übrigen Arbeiter nicht anschließen wollte. Sie haben dadurch gegen den § 66 Absatz 6 des R.N.G. verstoßen.

Die Schutzbehauptung der Beklagten, der Kläger und Nielsen hätten durch ihr eigenes Verhalten den Anlaß zur Mißstimmung der übrigen Arbeiter gegeben, weil sie diese zu ihrer Organisation hätten hinüberziehen wollen, ist durch nichts erwiesen. Der Kläger und der Zeuge Nielsen bestreiten diese Behauptung; die beiden von den Beklagten genannten Zeugen Büßen und Asmussen haben den Kläger nicht im geringsten belastet.

Da die Beklagten in schuldhafter Weise gegen ein den Schutz eines andern bezweckendes Gesetz verstoßen haben, und da durch ihre Mitwirkung dem Kläger durch seine Entlassung aus seinem lohnenden Arbeitsverhältnis unzweifelhaft ein Schaden entstanden ist, sind sie ihm nach § 823 Absatz 2 des B.G.B. schadenersatzpflichtig. Da der Anspruch nach Grund und Betrag streitig ist, war über den Grund durch Zwischenurteil vorab zu entscheiden, wie geschehen. (Unterschrift.)

Soweit das Urteil. Es ist bedauerlich, daß es in dieser schweren Zeit noch immer Leute gibt, die die Koalitionsfreiheit des einzelnen wenig beachten. Hoffentlich ist das eine Lehre für die Betroffenen und werden auch unsere Mitglieder ihre Schlüsse daraus ziehen können, daß man auch im heutigen Staat seine Rechte nach jeder Richtung hin wahren kann.

Abhängigkeit der Güte des Holzes vom Wachstum und den Bodenverhältnissen.

Von B. Rodt.

Es sollen im folgenden nur von den wichtigsten Nuthölzern Angaben über den Zusammenhang einiger ihrer spezifischen Eigenschaften mit ihrer Herkunft gemacht werden, wie wohl derartige Untersuchungen bereits auf sehr zahlreiche Holzarten ausgedehnt worden sind.

Bei einem unserer vielverarbeiteten Hölzer, der Rotbuche, konnte festgestellt werden, daß die Dichte nach dem oberen Teile des Stammes etwas zunimmt, der Kern dagegen oben am leichtesten und schwächsten ist. Die Festigkeit wie die Dichte des Holzes nimmt nach außen hin zu, bis auf einen in der äußersten Schicht liegenden Ring des Holzstammes. Auch ist die Festigkeit des Holzes in jenem Teile größer, der einer nach Süden gerichteten Seite des Holzstammes entnommen ist, wogegen sie in dem nach Norden gerichteten Teil am kleinsten ist. Die Festigkeitseigenschaften des Holzes sind bei den in dichten Beständen gewachsenen Bäumen besser als bei den in lichten Beständen erwachsenen. Vor einem Alter von 150 Jahren zeigt die Rotbuche keine merkliche Entkräftung ihres Holzes, wiewohl die Elastizität und zum Teil auch die Festigkeit bei einem Alter unter hundert Jahren am größten sind. Das schwerste, stärkste und elastischste Holz gibt die Rotbuche auf gutem, hochgelegenen, steinigem, sandgemischtem Humusboden, das schlechteste in feuchtem, steinfreiem Boden oder auf Lehmboden.

Auch bei der Eiche steigt die Dichte des Holzes in der Stammhöhe. Das Kernholz erweist sich hier als das schwerste und stärkste. Die Dichte, sowie auch die Festigkeit nehmen nach der Außenseite hin ab. Die Süd- und Nordseite des Stammes zeigt nur unbedeutende Festigkeitsunterschiede; auch läßt es darauf keinen Unterschied aus, ob die Eiche in dichten oder lichten Beständen erwachsen ist. Mit Abnahme der Dichte ihres Holzes tritt dagegen auch Abnahme der Festigkeit, Elastizität und Breite der Jahresringe deutlich hervor. Diese Erscheinungen werden mit höherem Alter besonders deutlich. Die schwerste, stärkste und elastischste Eiche wächst auf mäßig feuchtem, steinigem, humusreichem Boden, die schlechteste auf trockenem, hochliegendem Boden, sowie auf Lehmboden.

Bei der Fichte steigt die Dichte nur sehr wenig (0,001 pro Meter) mit der Stammhöhe. Die Festigkeit nimmt mit der Stammhöhe etwas ab, bei schwachen Trümmen aber sogar oft 2—5 Prozent zu. Mit abnehmender Dichte fällt allgemein auch die Festigkeit bedeutend. Es kann bei der Fichte festgestellt werden, daß die meisten Eigenschaften, wie Festigkeit und Elastizität, unter sonst gleichen Verhältnissen dem spezifischen Gewicht (Dichte) direkt proportional sind. Das spezifische Gewicht steigt aber bei der Fichte stetig mit ihrem Alter. Die Dichte wie auch die Festigkeit ist bei dem Kernholz geringer als bei dem weiter nach außen gelegenen Holz.

Das dichteste, kräftigste Fichtenholz entsteht in geschlossenem Bestände auf trockenem Boden. Bei feuchtem Boden wirkt ein lichter Bestand begünstigend ein.

Bei der Kiefer nimmt die Dichte und die Druckfestigkeit mit der Höhe rasch und stetig ab (1,5 Prozent pro Meter), und zwar um so schneller, je fester und dichter das Holz eines Stammes ist. Auch bei der Kiefer sind die Festigkeitszahlen proportional dem spezifischen Gewichte. Das Holz von Bäumen, die über 50 Jahre alt sind, zeigt eine Abnahme der Festigkeit und des Elastizitäts-Koeffizienten. Die Nordseite des Stammes ergibt das festeste und elastischste Holz bei kleinster radialer Ausbildung. Die innersten, das Mark umfassenden Partien sind die schwächsten und leichtesten, die mittleren zwischen Kern und Splint gelegenen umfassen das festeste Holz. Das Alter des Baumes ist von keinem erheblichen Einfluß auf die Festigkeitseigenschaften bei der Kiefer. Diejenigen Stämme, welche sich durch breite Jahresringe auszeichnen, sind durchschnittlich schwächer als jene mit schmalen Jahresringen. Die Proportionalität zwischen spezifischem Gewicht, Festigkeit und Elastizität findet auch bei der Kiefer wie bei der Fichte statt.

Das dichteste Holz findet man bei Kiefern, die in geschlossenem Bestände gewachsen sind. Bei denjenigen Kiefern, welche auf trockenem Boden gewachsen sind, ist der Unterschied in der Festigkeit äußerst gering, gleichgültig, ob sie einem geschlossenen oder lichten Stande angehörten; ist dagegen der Boden feucht, so erweist sich die Festigkeit im lichten Bestände als größer.

Durch genaue Beobachtungen sind, wie sich aus dem Vorhergehenden ergibt, an ein und derselben Holzart oft recht weitgehende Unterschiede wahrnehmbar, die in äußeren Einflüssen auf das Wachstum, wie in den Entnahmestellen des Holzes ihre Erklärung finden.

□ □ □ □ Rundschau. □ □ □ □

Holzuntersuchungen mit Hilfe von Röntgenstrahlen.

Jede Neuerung, die berufen erscheint, die Herstellungskosten zu ermäßigen, ist willkommen. Eine solche Neuerung stellen die Röntgenstrahlen dar. Mit Hilfe derselben ist es möglich, fehlerhafte Stellen im Innern des Holzes sehr schnell und bequem festzustellen. Verschieden dichte Körper absorbieren auch die Röntgenstrahlen ganz verschieden stark. Je dichter ein Holz in der Strukturbeschaffenheit ist, um so schwerer dringen die Röntgenstrahlen durch und um so schwieriger wird die Auffindung des Fehlers sein. Wenn auch die Röntgenuntersuchung nicht überall und allgemein in der Holzindustrie zur Anwendung gelangen kann, so gibt es trotzdem noch eine Anzahl von Möglichkeiten, bei denen man sich diesen modernen Hilfsmitteln bedienen kann. Hauptsächlich wird man nur solche Gegenstände untersuchen, in die viel Arbeitskraft hineingesteckt ist und deren Auseinandernehmen und Zusammenbau mit größeren Kosten verknüpft ist. Es sei nur an diejenigen Holzwerke erinnert, die beim neuzeitlichen Flugzeugbau verwendet werden.

Mit Hilfe der Röntgenstrahlen, die ja bekanntlich in der ärztlichen Praxis schon lange eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, ist es nicht nur möglich, über die innere Beschaf-

fung des Holzes genaue Aufklärung zu erhalten, sondern auch Metalle, Beton u. and. Baustoffe lassen sich damit leicht und bequem untersuchen. Holzuntersuchungen mit Röntgenstrahlen sind an sich noch verhältnismäßig neu und der praktische Erfolg hängt einerseits von der finanziellen Unterstützung u. andererseits von der Beibringung von für die Untersuchung geeigneten Fällen ab.

□ □ Aus den Ortsvereinen. □ □

Duisburg. Zu unserer am Sonntag, den 8. Februar im Vereinslokal „Walderhof“ stattgefundenen Mitgliederversammlung, war auch Arbeitersekretär Winter-Um erschienen, der auf einer Reise in hiesiger Gegend war. Der zweite Vorsitzende, Kollege Bernad, der die Versammlung eröffnete, gab in seiner Begrüßungsansprache seine Freude darüber kund, den süddeutschen Kollegen begrüßen zu können. Nachdem das Protokoll verlesen und der Kassenbericht bekannt gegeben war, wobei der Jahresbericht des Koll. Lohaus ein Spiegelbild des bewegten Jahres zeigte, dankte man dem Kassierer für seine pünktliche und fleißige Arbeit. Auch Kollege Winter schloß sich dem an und dankte der ganzen Vorstandschaft für ihre Bemühungen. Zur Beitragsfrage referierte der Vorsitzende Kollege Bernad, der vorschlug, den Ortsvereinsbeitrag und den Lokalbeitrag um 50 % zu erhöhen. Nachdem auch noch Kollege Winter über die Beitragsfrage gesprochen, wurde beschlossen, den Ortsvereinsbeitrag von 3 M auf 3,50 M zu erhöhen, sodas von der 9. Beitragswoche ab der gesamte Beitrag 4 Prozent wöchentlich beträgt. Kollege Bernad gab dann noch als Ortsverbandsvertreter den Verbandsbericht. Er führte aus, daß das Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen uns nicht voll befriedigen könne, doch rühre es daher, weil jeder in den Bezirken wählen mußte, wo er arbeitete, nicht wo er wohnte. Den streitenden Kollegen von Augsburg wurde nach Befürwortung von Kollege Winter ein Betrag von 100 M überwiesen. Unter Verschiedenes wurde ferner beantragt, von dem Schriftführer, Koll. Brunne, die Monatsversammlung auf Sonntag abend zu verlegen, um einen besseren und geselligeren Besuch zu ermöglichen. Die Aussprache führte zu dem Beschluß, die Monatsversammlung künftig jeden 2. Sonntag im Monat auf abends 8 Uhr zu verlegen. Nachdem noch einige Lohnfragen erledigt waren, konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen mit dem Dank an den Kollegen Winter und dem Wunsche auf ein Wiedersehen. So nahm die Versammlung einen guten Verlauf.

Fritz Brunne, Schriftführer.

Fürth. Die am 21. Febr. im Restaurant „Bergbräu“ getagte Mitgliederversammlung war ziemlich gut besucht. Kollege Treu gab einleitend die Tagesordnung bekannt, in welcher eine zeitgemäße Beitragsregulierung den Hauptpunkt darstellte. Der von der Verwaltung ausgearbeitete und von Kollege Treu gut motivierte Vorschlag ab 27. Febr. d. J. 3,50 M Gewerkevereinsbeitrag und 1 M Lokalbeitrag zu leisten, fand allgemeine Zustimmung. Somit ist der Ortsverein Fürth in Klasse II aufgerückt. Im Punkt Verschiedenes erstattete der Vorsitzende Bericht über den Verlauf der Konferenz des fränkischen Bezirksverbandes. In seinem leichtverständlichen Berichte hob er besonders die unermüdete Tätigkeit des nun aus Gesundheitsrückichten zurückgetretenen Kollegen Käfer-Nürnberg hervor. Kollege Kraft gedachte in ehrenden Worten der durch Tod uns entlassenen Kollegen Brütting und Lendlein. Zum Schluß wurde noch ausgiebig die Agitation besprochen, in die künftig mehr eingesetzt werden soll, denn bei aufrichter Ueberzeugung und dem Mut zur Bekenntnis als Gewerkevereiner, gewappnet mit unserem musterhaften Programm im Gegensatz anderer Organisationen, die infolge ihrer politischen Zersetzung eine Zerfahrenheit aufweisen, sei es und muß es einem Kollegen ein leichtes sein, unerschrocken in die Agitation einzutreten.

Hans Stadler, Schriftführer.

Hagen (Westf.) Unser Ortsverein hielt am Sonntag, den 20. Februar seine Mitglieder-versammlung ab. Folgende Tagesordnung wurde erledigt: 1. Lohnbewegung, 2. Bericht vom Ortsverband, 3. Vortrag: „Der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands“, 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Frömmlich, gab zum 1. Punkt bekannt, er sei persönlich auch mit Kollege Daun zwecks Regelung der Lohnbewegung in unserem Stadtbezirk in Dortmund gewesen. Durch Schiedspruch ist den Schreibern ein Zuschlag von 10 Pfennig zugesprochen worden. Dieser Zuschlag wird gezahlt vom 1. Febr. 21 ab. Der Erfolg ist zwar sehr gering, aber man war nach Lage der Sache damit einverstanden. Darauf brachte Kollege Schimanski den Bericht vom Ortsverband. Dort stand nur 1 Punkt: die Theaterfrage auf der Tagesordnung. Die Gewerksvereine Hagens wollen periodenweise in städtischen Schauspielhäuser zu Einheitspreisen von 5 M. Vorstellungen geben lassen. Zu diesem Zweck war der Schauspieler, Herr Lambach vom hiesigen Schauspielhaus erschienen, welcher in dankenswerter Weise praktische und belehrende Vorschläge brachte. Er führte etwa aus, daß nun nach der Revolution alle Gewerkschaften herangehen, um sich auch in dieser Richtung ihr Wissen und ihre Bildung zu erweitern. Dies ist zu begrüßen. Er empfahl, besonders Stücke zu wählen, welche nicht nur unterhaltend, sondern vor allem belehrend und bildend auf uns wirken müssen. So seien besonders unsere großen Klassiker zu empfehlen, wie Göthe, Schiller, Grillparzer und andere. Daraus können wir sehen, wie schön unsere deutsche Sprache ist. Ohne unseren Schiller und Göthe wäre unsere deutsche Sprache arm. In der Anwendung von Zitaten sind uns die besitzenden Kreise überlegen. Die Arbeiter haben nicht weniger Sinn, als die gebildeten Leute, aber durch Anwendung von Zitaten und schöner Ausdrucksweise ist der Gebildete dem Ungebildeten bei weitem überlegen. Die Bildung stelle immer eine Macht dar, welche sich auch die Arbeiter immer mehr aneignen sollten. Nachdem Kollege Wischhoff aus Wittgenstein, ein Beamter des Gewerksvereins deutscher Metallarbeiter das Wort zu seinem Vortrag. Dem Grundgedanken lag folgendes zu Grunde: Zu einem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands und einer höheren Arbeitsleistung braucht die Arbeiterschaft vor allem eine bessere Ernährung, da wir im deutschen Reich nicht selbst so viel Nahrungsmittel hervorbringen können, als wir zum Lebensunterhalt brauchen, so sind wir auf Einfuhr unbedingt angewiesen. Wir ernten im deutschen Reich kaum 10 Prozent für unseren Bedarf. Wir können nun aber gegenwärtig unsere Einfuhr nicht decken. Unsere Produktionsweise ist im Verhältnis zur Weltlage viel zu teuer. Unser wirtschaftliches Elend wird nur noch mit der Notpresse zugedeckt. Es wird kaum ein halbes Jahr vergehen, dann kommt der Nahrungsmittelmangel. Entweder wird Deutschland wirtschaftlich zusammenbrechen, oder es wird ein Emporstreben kommen. Das Ausland wird Bernunft annehmen müssen und uns einen langjährigen Kredit gewähren,

oder es würde uns zu Grunde gehen lassen. Dies werden wir zu unserer Selbsterhaltung in Erwägung ziehen müssen. Unsere früheren Feinde werden in absehbarer Zeit in Berlin eine Kontrolle einsehen, damit nicht immer mehr Rollen hergestellt werden und damit die nötigen Grundlagen geschaffen werden zu produktivem Schaffen, damit wir auch im Auslande kaufen können. Am Anfang der Revolution hat die Not die Arbeiter zusammengeschmiedet zu einer Einheits-, ist. Zugleich taten dasselbe auch die Arbeitgeber in ganz Deutschland. Kaiser, Könige und Fürsten sind abgetan, aber neue wirtschaftliche sind entstanden. So sehen wir „Kaiser Stinnes“, „König Stumm“ und andere, welche heute mächtiger ihr Haupt erheben, als einst ein Wilhelm II. Diese „Könige“ satteln sich wieder daselbe Pferd von früher, um es wieder zu reiten. Dagegen sehen wir im deutschen Metallarbeiterverband eine Zerrissenheit Platz greifen. Vor dem Kriege stellte der deutsche Metallarbeiterverband die These auf: „Gewerkschaft und Partei sind eins.“ Heute aber haben wir auf der linken Seite nicht eine Partei, sondern es sind jetzt viele Parteien geworden. Diese Parteien spielen sich innerhalb der freien Gewerkschaften zum Schaden der Arbeiter gegenseitig aus. Die christliche Gewerkschaft zerrt ebenfalls zum Schaden der Arbeiter die Religion hinein. Diese Faktoren sind es, welche die Zerrissenheit hervorgerufen hat. Die Arbeitgeber haben sich die Zerrissenheit zu Nutzen gemacht. Wir dürfen innerhalb der wirtschaftlichen Organisation keine Politik und keine Religion, sondern nur wirtschaftliche Fragen erledigen, um endlich auf der ganzen Linie eine Einheitsfront schaffen zu können. Regierung und Unternehmer kennen unsere Zerrissenheit. Wir müssen aber die Früchte der Revolution verteidigen können. Der Achtstundentag steht in Gefahr. Alle müssen zusammenstehen und kämpfen für unsere Ideale.

In der daran anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kollegen Frömmlich, Landau und der Bezirksleiter Gust. Wolf. Letzterer führte aus daß die Arbeiterschaft die Gefahr welche in der Zerrissenheit liegt, nicht erkennt. Die Arbeiterschaft war durch ihre Zerrissenheit nicht fähig, sich fest in den Sattel zu setzen. Führerschaft und Arbeiter haben das nicht verstanden. Nun haben die Gebildeten und Kapitalkräftigen es leicht und versuchen das Ruder wieder zu ihren Gunsten zu ergreifen. Durch intensive zähe Heranbildung der Arbeiter und Betriebsräte, muß es endlich dahin gebracht werden, daß der Wert, welcher die Gesamtheit schafft, nicht in wenige Hände gespielt wird, sondern, daß die Arbeiterschaft an den Früchten ihrer Arbeit mit vollem Anteil teilnimmt. Wir wollen Pflichten übernehmen, aber unsere Rechte werden wird uns auch erringen. In Verschiedenem wurde mitgeteilt, daß Montag, 28. Februar eine Versammlung des Gewerkschaftsrings stattfindet. Des weiteren fragte Kollege Wolke an, um nähere Auskunft wegen der Abrechnung in der Waggonfabrik. Die Abrechnungen sind kaufmännischer Art und nehmen 3-5 Stunden in Anspruch, welche der Kolon-

nenführer verordnet. Es wurde von Kollege Wolf kurz gerügt, daß solche Berechnungen zur Erledigung mit nach Hause genommen werden. Es bedeutet dies eine Durchschneidung des Achtstundentages. Wolf gab weitere Anweisungen, damit solche Fehler beseitigt werden. Schluß der Versammlung um 6 1/2 Uhr abends.

Herrn Schimanski, Schriftführer.
Striegan i. Schl. Am Sonnabend den 18. Februar hielt unser Ortsverein seine Monatsversammlung ab. Diese eröffnete der Vorsitzende Kollege Kabe mit begrüßenden Worten an die Erschienenen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gibt der Kassierer, Kollege Käthner, den Monatskassenbericht. Derselbe wird von der Versammlung ohne Zusatz angenommen. Unter Punkt Vereinsangelegenheiten ersucht der Vorsitzende den Kollegen Petran, die Abrechnung von unserem, wie alljährlich abgehaltenen Tischler Maskenball zu verlesen. Derselbe brachte unserem Vereinskassier einen Reingewinn von 781 M. Der Bericht wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Auf Antrag der Kollegen wird das Geld der Privatkasse überwiesen. Der Vorsitzende bittet die Kollegen, die Belehrungsabende, welche Kollege Wolf vom Sekretariat aus Liegnitz alle 14 Tage Dienstag abends im Vereinslokal abhält, recht zahlreich zu besuchen. Kollege Wolf hält über alle Arbeiterfragen Vorträge, welche dann durchgesprochen werden, es kann also jeder Koll. seine eigene Meinung zum Ausdruck bringen. Auch ermahnt der Vorsitzende die Kollegen, für rege Agitation für unsere Gewerksvereinsache. Nach Erledigung noch einiger Punkte, konnte der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung schließen.
 Adolf Schöpe, Schriftführer.

Literarisches.

„Der Deutsche Wald“, Monatschrift für Waldinteressen, Forstwirtschaft und Holzwesen. Schriftleiter: Prof. Dr. v. Mammen. Verlag: F. C. Mayer, G. m. b. H. („Der Deutsche Jäger“) München. Preis vierteljährlich 3 M., Einzelnummer 1 M. Die gediegen ausgestattete Zeitschrift, die einen ausgesuchten Mitarbeiterstab ihr Eigen nennt kann jedem Freund des deutschen Waldes auf beste empfohlen werden; sie will nicht nur Liebe und Verständnis für den deutschen Wald hegen, pflegen und vertiefen, sie betrachtet es auch als ihre Aufgabe, durchzukämpfen als ein Organ zur Wahrung, Vertretung und Förderung wichtiger wirtschaftlicher Interessen, ohne jedoch dabei den bestehenden Forstzeitungen und Holzhandelsblättern Konkurrenz bereiten zu wollen, da sie sich an einen viel weiteren Kreis wendet; sie will den breiten Massen des Volkes die Bedeutung des Waldes für die gesamte Volkswirtschaft vor Augen führen. sie will also populär wirken.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 10. Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Unserem Mitglied **Alfred Flajche** nebst Gemahlin zu seiner am 22. Febr. stattgefundenen **Silberhochzeit** die herzlichsten Glückwünsche!
 Gewidmet vom Ortsverein der Schreiner in Derna.

Unser Kollege **Julius Rudolf** feiert am 7. März 1921 seine Silberhochzeit.
 Dem Jubelpaare zu seinem Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche.
 Gewidmet vom Ortsverein der Holzarbeiter zu Laasphe.

Wegen Stäubung des Lagers bedeutend herabgesetzte Preise für
Sportschlittenkufen!
 Eiche, gebogen, prima Ware.

100	120	140	160 cm Holzlänge
Mk. 12.50	14.50	16.50	18.50 per Paar

 bis 200 cm lieferbar.
 H. Walther, Dresden 22, Reichenbergerstraße 52.

Stuhlfluchtrohr!
 natur, sofort lieferbar, prima Ware

Nr. 2	3	4	5
Mk. 67.—	64.—	57.—	50.— per Pfund

 H. Walther, Dresden 22, Reichenbergerstraße 52.

Kollegen, werbet Mitglieder für unsern Gewerksverein!